

Einzelvotum Keine weitere Verschlechterung von Gesundheit und Lebensqualität: Weniger militärischer Fluglärm in Meiringen

Das Thema Fluglärm wird nicht zum ersten Mal hier im Grossen Rat behandelt. Leider ist die Situation rund um den Militärflugplatz Meiringen noch immer sehr unbefriedigend, sowohl für die lärmgeplagte Bevölkerung als auch für den Tourismus. Die Belastung in der Region ist so stark, dass direkte und indirekte Klagen auch mich als Unterländerin immer wieder erreichen. Im Januar 2009 haben wir einstimmig eine Motion von Christine Häsler überwiesen und gleichzeitig abgeschrieben. Der Polizei und Militär 6. September 2012 – Morgen 987 Regierungsrat wurde mit der Motion beauftragt, gegenüber dem VBS aktiv für die Reduktion der Fluglärmbelastung in der Region Brienz-Haslital einzustehen und dabei die Forderungen des Kontaktgremiums mitzutragen und sie unmissverständlich zu vertreten. Das war der Wortlaut der Motion von Christine Häsler. Der Regierungsrat hielt damals in seiner Antwort fest, dass er sich beim VBS für die Forderungen des Kontaktgremiums unmissverständlich eingesetzt habe. Deshalb wurde die Motion nicht nur überwiesen, sondern gleichzeitig auch abgeschrieben.

Umso überraschender ist die jüngste Stellungnahme des Regierungsrats zum Objektblatt Militärflugplatz Meiringen von Ende Februar 2012. Der Regierungsrat hat dort zwar erfreulicherweise verlangt, dass die flugfreie Zeit des Kampfjet-Betriebs mindestens vier Monate beträgt. Der Regierungsrat hält aber weiterhin an 4000 Flugbewegungen fest. Das ist wenig mutig und wird der Lärmproblematik nicht gerecht. Es wäre wünschenswert gewesen, wenn die Regierung dem VBS gegenüber unmissverständlich eine stärkere Reduktion der Flugbewegungen, wie vom Kontaktgremium gefordert, vertreten hätte. Deshalb ist meine Motion nach wie vor nötig und wichtig.

Die vorliegende Standesinitiative deckt sich mit den Forderungen des Kontaktgremiums. Wie schon Christine Häsler vor drei Jahren in ihrem Vorstoss ausgeführt hat, ist das Gremium breit abgestützt. Zum Kontaktgremium gehören Gemeinden, Anwohner, Gewerbe, Tourismus und weitere lokale Organisationen. Das Gremium fordert eine Flugpause von vier Monaten und maximal 2500 Kampfjet-Flugbewegungen pro Jahr. Dass diese Forderungen keineswegs revolutionär sind, zeigt der Kanton Wallis. Dort hat die Regierung die ETH Lausanne mit einer Studie zur Zukunft des Flughafens Sitten beauftragt. Die Ergebnisse liegen seit Ende April 2012

vor. Die Schlussfolgerungen dieser Studie sind: Die heutige militärische Nutzung des Flughafens mit zirka 1000 Kampffjetflugbewegungen führt zu einer massiven Wertminderung des Bodens von 150 bis 180 Mio. Franken und zu einer verstärkten Lärmbelastung im Vergleich zu einer Plafonierung der Flugbewegungen auf dem Niveau des Jahres 2001, was zirka 570 Flugbewegungen entspricht. In der Folge und im Wissen um die Studienergebnisse hat sich die Regierung des Kantons Wallis für die Halbierung der militärischen Flugbewegungen ausgesprochen und fordert damit eine maximale Lärmbelastung auf dem Niveau von 2001. Damit unterstützt die Walliser Regierung eine entsprechende Resolution des Kantonsparlaments, die 2008 über alle Parteigrenzen hinweg mit 81 Ja, 2 Nein und 1 Enthaltung überwiesen wurde.

Es geht bei dieser Thematik nicht nur um den Lärm, sondern auch um wirtschaftliche Gründe wie Wertminderung des Bodens und die Auswirkungen auf den Tourismus. In einer E-Mail hat mir eine betroffene Person jüngst geschrieben: «Gestern und heute habe ich auf einer Hotelterrasse in Brienz über 100 Dezibel gemessen. So starker Lärm führt zu gesundheitlichen Problemen und Gehörschäden und setzt den Körper unter Stress. Es ist zum Verzweifeln, wenn man sieht, wie unsere Gäste nur noch den Kopf schütteln, teils reklamieren und viele abreisen und leider nicht mehr wiederkommen. Unsere Arbeitsplätze im Gastgewerbe und im Tourismus werden durch die VBS-Generäle sabotiert.» Auch der Walliser Regierung wurde vom VBS gesagt, die 1000 Flugbewegungen seien notwendig. Trotzdem macht sich diese Regierung stark für eine massive Senkung. Etwas mehr Mut hätte ich deshalb auch von unserem Regierungsrat erwartet. Die Antwort auf die Motion Häsler aus dem Jahr 2008 hat entsprechende Hoffnungen geweckt. Dem Argument, eine Senkung der Flugbewegungen in Meiringen käme einer Abschaffung der Luftwaffe gleich, muss ich entschieden widersprechen. Wenn sich die Luftwaffe auf die Aufgaben als Luftpolizei, das heisst, Luft-zu-Luft-Übungen und Einsätze zum Beispiel gegen Terroristen oder verirrte Flugzeuge beschränkt, sinkt die Anzahl Kampffjetbewegungen auf die Hälfte der heutigen. Damit könnten die Forderungen des Kontaktgremiums erfüllt werden, und dies ohne Mehrbelastung von Payerne und Sitten oder gar die Wiederbelebung von Emmen oder Dübendorf.

Und jetzt zuletzt, aber fast am wichtigsten, die Haltung der betroffenen Bevölkerung in der Region. 2007 gab es überall deutliche Mehrheiten für die Initiative von Franz Weber «Gegen Kampffjetlärm in Tourismusgebieten». Für die Initiative bzw. gegen den Fluglärm haben sich die Gemeinden wie folgt ausgesprochen: Brienzwiler mit 71

Prozent, Hofstetten 68,7 Prozent, Brienz 68,5 Prozent, Schwanden 65,1 Prozent und Meiringen 52 Prozent. Schweizweit wurde die Initiative abgelehnt, und zwar mit 68 Prozent Nein-Stimmen. Die betroffene Region jedoch hätte die Initiative annehmen wollen. Wir haben jetzt also bei dieser Standesinitiative die Wahl zwischen mehr Lebensqualität oder mehr Lärm und Gefährdung des entscheidenden Wirtschaftszweigs Tourismus im Oberland